

Berlin, 01.06.2016

## Inhalt

### HANDELS- UND ZOLLPOLITIK

- Freihandelsabkommen mit den Philippinen – Beginn der Verhandlungen
- Illegale Schutzmaßnahmen der Türkei – Keine Fortschritte in Sicht

### AUSSENWIRTSCHAFTS-/ZOLLRECHT

- Harmonisierung der Sanktionen im Zollrecht der EU – Aktueller Stand
- Antidumping – Auslaufuntersuchung gegenüber den Einfuhren von gestrichenen Feinpapieren aus China

### HANDELS- UND ZOLLPOLITIK

#### **Freihandelsabkommen mit den Philippinen – Beginn der Verhandlungen**

Im Rahmen der EU-Freihandelsabkommen mit den ASEAN-Staaten hat die EU-Kommission die erste Verhandlungsrunde mit den Philippinen gestartet. Bei dem Treffen in Brüssel ging es zunächst einmal darum, die Eckpunkte eines solchen Abkommens festzulegen. Hierbei handelt es sich um die stufenweise Eliminierung von Zöllen, die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, den Handel mit Dienstleistungen, Investitionen und nicht zuletzt um Vereinbarungen über eine nachhaltige Entwicklung des Landes. Die AVE begrüßt diese Ziele.

Im Gegensatz zu anderen asiatischen Lieferländern halten sich die Bekleidungsexporte der Philippinen in die EU in überschaubaren Grenzen. Dies dürfte die Verhandlungen erleichtern. Hinzu kommt die Tatsache, dass die meisten Konsumgütereinfuhren in die EU aufgrund des APS+ - Status der Philippinen bereits jetzt zollfrei sind. Mit steigendem Wohlstand des Landes könnten die Präferenzen auf mittlere Sicht zwar auslaufen, würden dann jedoch durch die Vorteile des Freihandelsabkommens ersetzt. Wir werden Sie auf dem Laufenden halten.

Stefan Wengler

## **Illegale Schutzmaßnahmen der Türkei – Keine Fortschritte in Sicht**

Wie kaum anders zu erwarten war, haben auch die in diesem Jahr geführten Gespräche zwischen der Bundesregierung und der Türkei bislang zu keinen Fortschritten hinsichtlich der Abschaffung der illegalen Schutzmaßnahmen gegenüber drittländischen Importen geführt. Unbeirrt setzt die türkische Regierung ihren protektionistischen Kurs in der Handelspolitik fort.

Ob und inwieweit die neue türkische Regierung zu einem Kurswechsel bereit ist, lässt sich derzeit kaum abschätzen, eine gewisse Skepsis erscheint jedoch angebracht. Die Bundesregierung hat jedenfalls gegenüber der EU-Kommission signalisiert, keine Gespräche mit der Türkei über eine Intensivierung der Zollunion – und insbesondere einen Streitbeilegungsmechanismus – führen zu wollen, solange das Land seinen handelspolitischen Verpflichtungen nicht nachkommt. Zunächst einmal müsse der handelspolitische Erosionsprozess gestoppt werden.

Eine Neuaufnahme wirtschafts- und handelspolitischer Gespräche mit der Türkei ist jedoch nicht vor Ende September zu erwarten. So folgt auf den am 6. Juni beginnenden Ramadan die tatsächliche oder vermeintliche Sommerpause in Deutschland und der EU, die der Vereinbarung derartiger Treffen nicht unbedingt förderlich ist. Wir werden zu gegebener Zeit berichten.

Stefan Wengler

## **AUSSENWIRTSCHAFTS-/ZOLLRECHT**

### **Harmonisierung der Sanktionen im Zollrecht der EU – Aktueller Stand**

Mit AVE SPEZIAL vom 03.03.2015 hatten wir Sie zuletzt über die Bemühungen der EU-Kommission informiert, die Sanktionen im Zollrecht europaweit zu harmonisieren. Grundlage hierfür ist der immer noch aktuelle Richtlinienvorschlag der EU-Kommission vom Dezember 2013, „... den Rechtsrahmen der Europäischen Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen zu setzen.“

Während die meisten EU-Mitgliedstaaten – unter ihnen die niederländische Ratspräsidentschaft – dem Vorhaben skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen – ist das Europäische Parlament seit über einem Jahr mit großem Engagement dabei, sich mit dem Vorschlag auseinanderzusetzen. Zu dem Kommissionsvorschlag liegen inzwischen mehr als einhundert Änderungsanträge seitens der Parlamentarier vor. U.a. soll das Prinzip der verschuldensunabhängigen Haftung für Verstöße gestrichen werden, auch die Orientierung der zu zahlenden Geldbuße am Warenwert findet nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des zuständigen IMCO-Ausschusses. Dies ist aus unserer Sicht zu begrüßen.

Am 14. Juni wird der IMCO-Ausschuss im Europäischen Parlament über seine Stellungnahme abstimmen, noch vor der Sommerpause wird das Plenum seine Auffassung

hierzu kundtun. Die Ratsarbeitsgruppen werden sich also frühestens im Herbst mit dem Thema befassen, das sowohl bei der Slowakei wie auch bei Malta, die den Niederlanden in der Ratspräsidentschaft folgen, wenig beliebt ist. Mit einer baldigen Änderung der Rechtslage ist folglich nicht zu rechnen.

Stefan Wengler

## **Antidumping – Auslaufuntersuchung gegenüber den Einfuhren von gestrichenen Feinpapieren aus China**

Zwei Tage vor dem Auslaufen der Antidumping- bzw. Antisubventionsmaßnahmen gegen die Einfuhren von gestrichenem Feinpapier mit Ursprung in China hat die EU-Kommission eine Bekanntmachung veröffentlicht, das Außerkrafttreten der Maßnahmen zu überprüfen. Dies könnte eine Beibehaltung der geltenden Maßnahmen zur Folge haben.

Gestrichene Feinpapiere gehören zwar nicht unmittelbar zum Angebot unserer Mitglieder, doch dient dieses Papier der Herstellung hochwertiger Druckerzeugnisse, was auch für unsere Klientel relevant sein kann. Wer sich ausführlich zu dem Thema informieren möchte, dem empfehlen wir die Lektüre des Amtsblatts der EU C 172 vom 13.05.2016 S. 9 bis 28.

Stefan Wengler

### **IMPRESSUM / KONTAKT**

Außenhandelsvereinigung des  
Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE)  
Am Weidendamm 1a  
D - 10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 59 00 99-432  
Fax: +49 (0)30 59 00 99-429  
Email: info@ave-intl.de  
Internet: www.ave-international.de

### **ANSPRECHPARTNER**

Jens Nagel, jens.nagel@ave-intl.de  
Tel: 0049/30/590099430  
Stefan Wengler, stefan.wengler@ave-intl.de  
Tel: 0049/221/92.18.34.13  
Pierre Michael Gröning, pierre.groening@fta-intl.org  
Tel: 0032 2-741 64 03